

A. Die Debatte um die Verwendung des Stichwortes „Apartheid“ in der Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK)

Am 24. Juni 2025 hat der Zentralausschuss des Weltkirchenrates (ÖRK) während seiner Sitzung in Johannesburg im Konsensverfahren, mit nur einem Minderheitenvotum der Evang. Kirche A.B. Slowenien, eine Erklärung zur Beendigung von Apartheid, Besatzung und Straflosigkeit in Palästina und Israel verabschiedet (siehe Anlage). **Der Zentralausschuss bezeichnet nicht den Staat Israel als einen Apartheid-Staat, sondern sieht durch die rechtlichen Rahmenbedingungen ein „System der Apartheid“ im besetzten Westjordanland und im Gaza-Streifen:** „Wir anerkennen und verurteilen das System der Apartheid, das Israel dem palästinensischen Volk auferlegt und damit das Völkerrecht und das moralische Gewissen verletzt“.

Der ÖRK hat die Stellungnahme seines Zentralausschusses unter dem Titel „A Call to End Apartheid, Occupation, and Impunity in Palestine and Israel“ veröffentlicht:

<https://www.oikoumene.org/resources/documents/statement-on-palestine-and-israel-a-call-to-end-apartheid-occupation-and-impunity-in-palestine-and-israel>

Diese Erklärung und einige Kommentare sowie die Sitzungsverläufe der gesamten Konferenz sind hier abrufbar: [ÖRK-Zentralausschuss fordert die Beendigung von Apartheid, Besatzung und Straflosigkeit in Palästina und Israel | World Council of Churches](#)

Das internationale Strafrecht, einschließlich der Anti-Apartheidkonvention von 1974, Art. 2 und des Römischen Statuts des Internationalen Gerichtshofes von 1998, Art. 7, Abs. 2, definiert „Apartheid“ als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, das von drei Aspekten bestimmt wird:

1. Die Abgrenzung einer Bevölkerung entlang rassistisch-ethnischer Linien (z. B. abgeriegelte Gebiete, Zoneneinteilungen).
2. Die systematische Trennung/ Absonderung in verschiedene geographische Zonen (z. B. rechtliche Ungleichheit zwischen den Bürgern, Privilegien einer Gruppe).
3. Der Gebrauch des Konzepts „security“, um ein institutionalisiertes Regime von Herrschaft und systematischer Diskriminierung zu rechtfertigen.

Die Menschenrechtsorganisation „Amnesty International“ warf Israel auf diesem Hintergrund bereits im Jahr 2022 in einem Bericht „Apartheid“ gegen die Palästinenser vor:

<https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2022/02/israels-system-of-apartheid/>

Südafrika reichte Ende 2023 beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag Klage gegen Israel ein und begründete die Klage damit, dass Israel einen Genozid an der palästinensischen Bevölkerung im Gaza-Streifen begehen würde. Dieser Krieg im Gaza-Streifen stehe im Kontext der seit 75 Jahren andauernden „Apartheid“ gegenüber den Palästinensern:

<https://www.deutschlandfunk.de/apartheid-israel-klage-suedafrika-100.html#wer-wirft-israel-apartheid-vor>

Die Anschuldigung der „Apartheid“ gegen Israel rief bisher stets Kritik hervor: Mit der nahegelegten Assoziation „Südafrika-Apartheidstaat“ werde der Staat Israel menschenrechtlich und völkerrechtlich

per se delegitimiert und das Existenzrecht Israels bestritten. Zudem sei ein koloniales Eindringen in ein Land, bei dem die Ankommenden ihre politische und nationale Zugehörigkeit zu ihrem Herkunftsland behielten, zu unterscheiden von der jüdischen Einwanderung, die das legitime Ziel verfolgte, eine Heimat für das jüdische Volk zu schaffen.

Seit der Veröffentlichung des ÖRK hat es verschiedene öffentliche Reaktionen darauf gegeben:

1. **Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)** „hält an ihrer Positionierung von 2022 fest, dass der Begriff ‚Apartheid‘ die komplexe Realität in Israel und den palästinensischen Gebieten nicht in geeigneter Weise beschreibt“. Die Stellungnahme ist auf der Website der EKD zu finden: www.ekd.de/position-nahost
Diese EKD-Reaktion ist eingebunden in die EKD-Themenseite „Frieden für den Nahen Osten“: [Frieden für den Nahen Osten – EKD](#)
2. **Die palästinensisch-christliche ökumenische Bewegung „Kairos Palästina“** dagegen begrüßt die mutige Maßnahmen des ÖRK zur Bekräftigung der Gerechtigkeit, zur Benennung der Apartheid und zur Förderung der globalen Solidarität: Der Begriff „Apartheid“ sei „angemessen und prophetisch, um die Situation zu beschreiben, die dem palästinensischen Volk auferlegt wurde. Dieser Schritt erkennt die Realität an, unter der die Palästinenser seit über sieben Jahrzehnten leiden“ (siehe Anlage).
3. **Der Vorsitzende des Weltkirchenrats, der frühere Ratspräsident der EKD, Heinrich Bedford-Strohm**, betont in einem Interview, dass der ÖRK-Apartheids-Beschluss nicht antisemitisch sei. Er verteidigt den Beschluss, Israel für seine Politik gegenüber den Palästinensern als „Apartheids-System“ zu bezeichnen: <https://www.evangelisch.de/inhalte/244817/25-06-2025/vorsitzender-bedford-strohm-oerk-apartheids-beschluss-nicht-antisemitisch>
4. **Ernst-Wilhelm Gohl, Landesbischof der württembergischen Landeskirche**, kritisiert die Erklärung des ÖRK zur Lage im Nahen Osten, insbesondere die Verwendung des Begriffes „Apartheid“ im Hinblick auf Israel: „Mit der Behauptung, Israel sei ein Apartheidstaat, macht sich der Zentralausschuss des ÖRK einen politischen Kampfbegriff zu eigen, der sachlich falsch ist und in der aufgeheizten Debatte um den Weg zum Frieden im Nahen Osten nur zur weiteren Polarisierung führt“. Seine Erklärung unter: <https://www.elk-wue.de/news/2025/02072025-israel-ist-kein-apartheidstaat-landesbischof-ernst-wilhelm-gohl-kritisiert-die-erklaerung-des-oekumenischen-rats-der-kirchen>
5. Kritisch zu Landesbischof Gohl äußert sich die **Arbeitsgruppe „Pro Oekumene“ in Württemberg**, die den Beschluss des ÖRK begrüßt: https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=pfbid0CnhmEcwtoiFW1C424xKtcd1KgYWH5dR2gkesPnQBTJFk8DFg5eCSG8VA1JcWi6sbl&id=100025354144801
6. Scharfe Kritik äußerte der **Antisemitismus-Beauftragte der EKD, Christian Staffa**: „Der Apartheidsvorwurf ist einfach falsch“. Im Staat Israel „gibt es keine Rassentrennung“:

<https://www.evangelisch.de/inhalte/245026/01-07-2025/antisemitismus-experte-staffa-kritisiert-apartheidsbeschluss-des-weltkirchenrats>

7. Der **Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit** hält die Erklärung für einseitig und antisraelisch: „Dass das Zentralkomitee ein Ende der unerträglichen Leiden der Zivilbevölkerung im Gazastreifen und der intolerablen Siedlergewalt in der Westbank einfordert, ist das Recht und geradezu die Pflicht einer an religiösethischen Werten ausgerichteten Organisation“. Dass die Stellungnahme des ÖRK-Zentralkomitees aber so drastisch einseitig allein gegen Israel ausfalle, „stellt die Ernsthaftigkeit dieses Verpflichtet-Seins infrage“. <https://www.deutscher-koordinierungsrat.de/dkr-home-Stellungnahme-OEKR-2025>
8. **Daniel Neumann, der Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen**, sieht den ÖRK auf Abwegen: https://imdialog.org/bp2025/04/neumann_gohl.pdf
9. Jüdische Verbände verstehen Israel hingegen nicht als „Apartheids-System“. **Die Europäische Rabbinerkonferenz** in München warf dem Weltkirchenrat „doppelte Standards“ vor. Der Präsident der Europäischen Rabbinerkonferenz, Pinchas Goldschmid schrieb in einem Gastbeitrag in der Zeitung „Welt am Sonntag“: „Die Gleichsetzung israelischer Politik mit Apartheid sei „nicht nur historisch falsch, sondern gefährlich. Denn sie gießt Öl ins Feuer des global anwachsenden Antisemitismus. Wer Israel dämonisiert, trifft am Ende auch Juden weltweit, die - ob sie es nun wollen oder nicht - auch immer Zielscheibe für Kritik an Israels Politik sind“. <https://www.welt.de/debatte/plus256350226/Israel-Kritik-Die-Kirche-giesst-Oel-ins-Feuer-des-Antisemitismus.html>
10. Der **Zentralrat der Juden** sieht Israel nicht als „Apartheidstaat“. So erklärte der Verband nach dem Bericht von „Amnesty International“ aus dem Jahr 2022: „Israel sei der einzige demokratische Staat im Nahen Osten“. <https://www.zentralratderjuden.de/presseerklaerungen/presseerklaerung-zum-israel-bericht-von-amnesty-international/>